

Podiumsdiskussion/Talkrunde:

Soziale Integration – Notwendigkeit interkultureller Standards in der Kinder- und Jugendhilfe und ihrer Partner (Wortprotokoll)

Auf dem Podium:

Gerd Becker, Stadt Frankfurt am Main
Dr. Frank Braun, Deutsches Jugendinstitut e.V.,
Schwerpunkt Benachteiligtenförderung
Angelika von Heinz, Bundesministerium für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ), Referatsleiterin für das Thema
Integration
Hermann Laubach, Vorsitzender des Arbeits-
kreises der katholischen Jugendsozialarbeit
(KJS), Bundesarbeitsgemeinschaft Jugend-
sozialarbeit (BAGJAW)

Moderation: Hartmut Brocke

Publikumsanwälte: Andreas Hemme,
Dr. Heike Riesling-Schärfe, Rainer Schwarz

Moderator:

Während der letzten Tage wurden in den Fachforen alle Problemfelder zum Thema dieser Tagung abgearbeitet, die man heute unter Querschnittsgesichtspunkten bearbeitet, von Gesundheit über Bildung bis Beruf. Sie sind nun allesamt Expert/innen zum Thema Integration.

Aufgrund der demographischen und ökonomischen Entwicklung sind wir in Europa in eine Situation geraten, in der man nicht mehr sagen kann: „Weiter so, nur mit mehr Geld“. Im Gegenteil, es muss vielmehr über andere Konzepte und Herangehensweisen nachgedacht werden und analysiert werden, an welchen Stellen sich Veränderungsbedarfe darstellen. Wie in den Vorträgen und sicher auch in den Beiträgen in den Arbeitsforen deutlich geworden ist, stehen dabei drei verschiedene Ebenen im Vordergrund: (1) Da ist einmal die Ebene der persönlichen Biografie. Was verbirgt sich eigentlich hinter dem Begriff der „Lebenskompetenz“, den wir in Diskussionen dauernd im Munde führen, was soll und muss das beinhalten? (2) Dann das professionelle Selbstbild der Sozialpädagog/innen – was muss sich eigentlich an unserem Beruf ändern, damit wir das auch erreichen können, was wir einfordern, nämlich die Organisation von Rahmenbedingungen und Hilfen zur Integration, zur Selbst-

bestimmung? (3) Und die dritte Ebene ist offensichtlich, darüber lässt sich am leichtesten reden, nämlich über den Veränderungsbedarf in den Institutionen.

Ich möchte jetzt meine Kolleg/innen auf dem Podium bitten, aus ihrer jeweiligen Sicht bzw. der Sicht des Feldes, das sie auf dem Podium vertreten, darzustellen, wie sie sich die Zukunft vorstellen. Welche Änderungen erachten Sie für notwendig mit Ihren spezifischen Förderungen oder Aktionsstrukturen. Denn dass Mehr vom Selben die falsche Antwort auf ein riesiges gesellschaftliches Problem ist, liegt ja auf der Hand.

Angelika von Heinz:

In den letzten Jahren – egal, ob und wann nun das Zuwanderungsgesetz in Kraft tritt – hat ein Umdenken in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik eingesetzt, das uns eine Chance eröffnet. Dieser Prozess ist meines Erachtens, egal was kommt, unumkehrbar. Es herrscht zumindest Konsens darüber, dass Zuwander/innen und überhaupt Menschen mit Migrationshintergrund nicht mehr nach ihrem Status, nach ihren Ethnien oder Herkunftsländern integriert werden sollen. Integration ist eine Aufgabe, die für alle gemeistert werden muss. Und mit „alle“ meine ich nicht nur die Adressatengruppe, sondern auch die bereits hier lebenden Menschen. Aus der Tagung habe ich eine Menge neuer Erkenntnisse gewonnen, vor allem aus den Anregungen und Diskussionen, die aus den Modellprojekten zum interkulturellen Netzwerk kommen. Für die Zukunft, soweit sie der Bund überhaupt beeinflussen und steuern kann, stelle ich mir vor, dass im nächsten Jahr zunächst diejenigen, die mit der Integration junger Menschen zu tun haben, „fit“ gemacht werden, damit sie tatsächlich allen Gruppen gerecht werden können. Es darf nicht weiterhin so aussehen, dass auf der einen Seite die Betreuung der jungen Aussiedler/innen steht, während auf der anderen Seite junge Ausländer/innen zum Teil gut, zum Teil weniger gut gefördert werden. Wir müssen jetzt erreichen, dass die Erkenntnisse aus den Modellprojekten bundesweit transportiert werden. Alle Jugendgemeinschaftswerke können diese Erfahrungen nutzen, um ihre Mitarbeiter/innen in interkultureller Kompetenz zu schulen. Interkulturelle Kompetenz hat sich bisher auf einzelne Bereiche beschränkt, sie muss zum Standardwerkzeug der Jugendhilfe gehören. Der nächste, sicher auch parallel zu organisierende Schritt ist dann, dass die Mitarbeiter/innen der Regeldienste, die mit ausländischen Jugendlichen zu tun haben, ebenfalls diese Kompetenzen erwerben. Diese Schulung der Regeldienste ist auch eine Aufgabe der Mitarbeiter/innen

der Jugendgemeinschaftswerke. Wir müssen erreichen, dass alle jungen Menschen, die neu ins Land kommen, ebenso wie alle, die schon länger in Deutschland leben, aber immer noch integrations- oder begleitungsbedürftig sind, Ansprechpartner/innen haben, die ihnen helfen, Ziele zu setzen und diese auch zu verwirklichen. Soweit eine sehr grobe Skizze von den Vorstellungen, die wir von Seiten des Bundes für die Zukunft der Integrationsarbeit für junge Menschen haben.

Hermann Laubach:

Ich sitze hier für die BAGJAW, also den Zusammenschluss der Träger der Jugendsozialarbeit. In der Vorbereitung für diese Podiumsdiskussion wurde ich gebeten, hier aus der Sicht der Leister von Integrationshilfen zu argumentieren. Das will ich gerne tun und eine These an den Anfang stellen: Die Träger der Jugendsozialarbeit sind bereit und auch in der Lage, sich konzeptionell den neuen Herausforderungen zu stellen und anzupassen. Das ist nicht das Problem.

Damit Sie sich eine Vorstellung machen können davon, was eigentlich hinter den eigenständigen Angeboten der Jugendsozialarbeit zur Integration steht und auch welche Querschnittsaufgabe in den übrigen Aufgabenfeldern der Jugendsozialarbeit geleistet wird, möchte ich ein paar Zahlen nennen: An 375 Orten in der Bundesrepublik kümmern sich annähernd 530 hauptamtliche Mitarbeiter/innen um circa 100.000 zugewanderte junge Menschen in den so genannten Jugendgemeinschaftswerken. Seit 2001 sind diese für erweiterte Zielgruppen geöffnet und stehen nicht mehr ausschließlich nur für Spätaussiedler zur Verfügung. Diese Öffnung hat sich bemerkbar gemacht, hier hat bereits ein konzeptioneller Wandel stattgefunden. Die Sozialanalyse weist insgesamt aus, dass 12,4 Prozent der Betreuten in den Jugendgemeinschaftswerken zur Gruppe der Ausländer/innen und Flüchtlinge gehören. Diese Jugendlichen sind also nicht mehr im Rahmen des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes in die Bundesrepublik gekommen.

Die eigenständigen Hilfen der Jugendsozialarbeit für die Integration werden zunehmend auch eingebettet in andere Hilfen der jeweiligen Träger vor Ort, die zum Beispiel in Verbindung mit Sprachkursen angeboten werden oder im Zusammenhang mit Maßnahmen der Jugendberufshilfe. Außerdem sind diese Träger der Jugendsozialarbeit häufig auch Träger von Aktionsprogrammen, sei es nun Entimon, sei es FSTJ, seien es andere Programme, die vom Bundesverwaltungsamt oder künftig vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

(BamF) angeboten werden. Hier gibt es viele Ansatzpunkte, über Träger der Jugendsozialarbeit vor Ort zusätzliche Projekte durchzuführen.

Die Programmplattform E&C steht ja unter der Überschrift der Sozialräumlichkeit. Vielleicht ist es bei jungen Menschen nicht ganz richtig, nur vom sozialen Raum, vom Quartier, zu sprechen. Man muss vielleicht mehr von Lebensraumorientierung sprechen, junge Menschen bewegen sich ja nicht nur in einem Stadtteil. Ich halte diesen Sozialraumbezug für sehr wichtig und richtig auch mit Blick auf die Integration von zugewanderten jungen Migrant/innen. Er muss auch berücksichtigt werden, wenn auf anderen Ebenen Entscheidungen getroffen werden. Dabei kann ich die Frage nicht außen vor lassen, ob es richtig ist, dass in der Kommune Entscheidungen über Integrationsfragen getroffen werden, auch wenn wir hier die große Politik streifen. Denn es geht ja darum, auf kommunaler Ebene zu kombinieren, was an kommunalen, an Landes- und an Bundesmitteln zusammenkommt. Und hier gilt es auf die Zukunft hin noch stärker zusammenzuarbeiten.

Moderator:

Ein ketzerischer Einwurf: Sie haben ja beeindruckende Zahlen genannt. Was mich verblüfft ist, warum wir eigentlich immer noch ein Integrationsproblem haben, wenn doch so viel gemacht wird.

Hermann Laubach:

Wir haben auch kein Integrationsproblem, sondern wir haben Integrationschancen. Und im Grunde genommen arbeiten ja die Träger der Jugendsozialarbeit im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe. Die Erfahrungen der Modelle, die Frau von Heinz schon angesprochen hat, wollen wir auch in die konzeptionelle Weiterentwicklung unserer Arbeit aufnehmen. Im Gespräch mit dem Ministerium geht es darum, die Angebotspalette der Integrationshilfen der Jugendsozialarbeit künftig bedarfsorientiert zu erweitern mit Blick zum Beispiel auf sozialpädagogische Begleitung von Sprachkursen, mit Blick auf IT-gestützte Angebote, mit Blick auf Spezialkräfte, die sich um die Fördervereinbarungen kümmern und und und. Insgesamt ist aus Sicht der Leister also eine qualitative und quantitative Angebotserweiterung auf allen Ebenen unter Berücksichtigung des Lebensraumbezuges vorgesehen.

Moderator:

Ich möchte die Sache mal ein bisschen zuspitzen und eine Frage stellen, die vielleicht nicht ganz fair ist: Warum ist denn das alles so teuer, wenn es doch so wirkungslos bleibt?

Dr. Frank Braun:

Bevor ich diese Frage beantworte, möchte ich etwas Selbstkritisches zur Jugendforschung sagen: Mit der Shell-Studie wurde über mehrere Jahrzehnte hinweg eine angeblich repräsentative Befragung von Jugendlichen durchgeführt, in die nicht-deutsche Jugendliche einfach nicht einbezogen wurden. Wenn ich die Zahl für Frankfurt richtig verstanden habe, bedeutet dies, dass die Hälfte der Jugendlichen in Frankfurt in der Shell-Studie nicht vertreten waren. Inzwischen ist das revidiert worden.

Das Thema Integration und diese Diskussion standen ja schon einmal auf der Tagesordnung. Anfang der 80er Jahre war das Deutsche Jugendinstitut dabei, eine Abteilung Migration zu gründen. Ich weiß zum Glück nicht, wann der Wink aus Bonn kam, dass wir es sein lassen sollen. Ich kann also nicht sagen, ob das die sozialliberale oder die christliberale Koalition war, an dem Punkt kann mir jetzt niemand Parteilichkeit vorwerfen.

Speziell in meinem Arbeitsgebiet Bildung, Ausbildung gab es in den letzten Jahren eine Reihe von Untersuchungen, die das Problem der Benachteiligung von Migrant/innen oder Kinder und Jugendlichen aus Migrantenfamilien sehr deutlich machten. In regelmäßigen Abständen wurde nachgewiesen, dass ausländische Jugendliche und junge Erwachsene oft keine Ausbildung abschließen. Und das Thema Pisa, das man ja nie auslassen darf, hat ganz deutlich gezeigt, dass auch hier vieles im Argen liegt. Allerdings möchte ich eines gleich zu bedenken geben: Das Interessante an den Pisa-Ergebnissen zur literacy, also zum Textverständnis, ist ja nicht nur, dass es bei Kindern aus Migrantenfamilien ein Problem gibt, sondern offenbar auch eine relativ große Gruppe der deutschen Kinder betroffen sind. Und an diesem Punkte sollten wir vielleicht über die Frage nachdenken, wie wir eigentlich Probleme sortieren.

Moderator:

Ich möchte gleich hier noch eine Gemeinheit einflechten. Ich habe bei dem Vortrag von Gerd Becker über „Erfahrungen, Forderungen und Ansprüche an die Integrations- und Vernetzungsarbeit in Kommunen“ sehr genau zugehört. An der Stelle, wo alle beifällig geguckt haben, nämlich dem Punkt Regelförderung, bin ich zusammengezuckt. Mein Eindruck ist, dass es gerade, weil wir so viel Regelförderung haben, unglaublich schwer ist, bedarfsgerecht etwas Neues zu machen. Etwas, das eingeklagt wurde, wird sozusagen durch das, was gefordert wird, gleichzeitig wieder verhindert. Und das scheint mir doch ein Problem unserer Sozialsysteme und auch unserer so genannten

freien Trägerstruktur zu sein. Weil wir so in die Struktur eingebunden sind, haben wir wenig Interesse daran, ergebnisorientiert Probleme zu lösen. Im Gegenteil, ohne es zu wollen, tragen wir eher noch strukturell mit zur Institutionalisierung der Probleme bei, die damit dann auch subventioniert werden. Und das ist nun gar nicht das, was wir eigentlich in unserer Gesellschaft brauchen, insbesondere nicht in den Kommunen und den Quartieren.

Gerd Becker

Ich greife diesen Punkt gerne auf. Denn was ich im Bezug auf die Überführung gesagt habe, ist ja eben nur die halbe Hälfte. Die andere Hälfte muss in der Tat eine kritische Hinterfragung der Regelförderung sein. Hier liegt, denke ich, sehr vieles im Argen. Oft läuft es so nach dem Motto: „Es ist sehr schwer, in die Förderung reinzukommen, aber bist du einmal drin, kannst du lange machen, was du willst.“ Ich spitze das natürlich ein bisschen zu. In manchen Arbeitsfeldern ist das viel fortschrittlicher. Doch teilweise stehen die Mitarbeiter/innen noch am Anfang der Diskussionen über die Effektivität der eigenen Arbeit. Die Forderung, dass man sich auf eine bestimmte Zielgruppe einstellt, sie sich sozusagen raussucht, ist da relativ unbekannt. Besonders in offenen Formen von Jugendhilfe ist es ja so, dass der Bedarf nach oben nahezu unbegrenzt ist. Da entscheiden sich dann manchmal Einrichtungen und Träger mit quasi beliebigen Argumentationen dafür, mit einer bestimmten Gruppe zu arbeiten. Genauso könnten sie mit anderen arbeiten. Der ganze Problemkomplex von Steuerung, Planung, Prioritäten setzen, Abstimmung ist mit Sicherheit sehr, sehr unterentwickelt. Und so richtig es ist, hohe Anforderung an Modellprojekte zu stellen, müssen natürlich die gleichen Anforderungen an Regeleinrichtungen gestellt werden.

Heute morgen wurde in der kleinen Gruppe ein kritisches Thema angesprochen, das immer dann auftaucht, wenn Sonderprogramme für Sondergruppen gemacht werden. Unweigerlich geht damit immer einher, dass diese Gruppierungen – ob man es will oder nicht – gesondert behandelt, etikettiert oder sogar stigmatisiert werden. Hier müssen wir, denke ich, grundsätzlich fragen (dieselbe Frage stellt sich auch bei der ganzen Bildungsdiskussion), wie wir wegkommen von dieser Spezialisierung und vielmehr wirklich integrative Konzepte entwickeln. Im Grunde bedeutet dies, dass immer, wenn ein neues Sonderprogramm genehmigt werden soll, die Frage gestellt werden muss, ob es nicht sinnvoller ist, die dafür vorgesehenen Mittel in Regeleinrichtungen zu stecken, damit die Probleme da gelöst werden können.

Ein spezifisches Problem der Jugendsozialarbeit scheint mir zu sein – das ist jedenfalls die Kritik, die ich oft höre –, dass Jugendsozialarbeit oft ein closed-Shop ist. Benachteiligte werden teilweise in sehr großen Projekten zusammengefasst, ein bestimmter Teil schafft dann den Übergang, ein großer Teil schafft es nicht. Für die kommt dann die nächste Maßnahme. Ein Problem ist offensichtlich die mangelnde Kooperation mit der Wirtschaft, mit der Verwaltung, also sozusagen mit dem Arbeitsmarkt. Zugespißt ausgedrückt: Müsste es nicht Standard in der Jugendsozialarbeit sein, dass die Projekte grundsätzlich in Abstimmung mit der wirklichen Lebenswelt arbeiten? Die Gefahr, dass Jugendsozialarbeit ein großer Schonraum wird, ist meines Erachtens sehr groß. Oft sind die Arbeitsbedingungen und Anforderungen unrealistisch und hinterher wundert man sich dann, warum die Jugendlichen von einer Maßnahme in die nächste wandern und die Träger sich möglicherweise freuen, weil die Auftragslage damit konstant bleibt. Hier liegt, denke ich, ein großes Problem der Jugendsozialarbeit.

Abschließend noch ein selbstkritisches Wort zur Verwaltung: Die Forderungen, die Kommunalverwaltungen an freie Träger stellen, müssen sie natürlich selbst auch einhalten. In Frankfurt diskutieren wir gerade die Frage eines interkulturellen Leitbildes, eines „Leitlebens“ für die Jugendhilfe. Wir haben da viel von München gelernt, das in diesem Punkt sehr viel weiter ist. Die Kommunen können nicht nur von den Trägern hohe Standards fordern, was Integrationskompetenzen betrifft, sondern die Kommunen müssen diese Standards auch in der Verwaltung selbst umsetzen. Und wenn Sie sich mal anschauen, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund denn in Ihrer Kommunalverwaltung beschäftigt sind, dann werden Sie merken, dass das ein sehr kleiner Prozentsatz ist, der auf jeden Fall immer geringer ist, als der Anteil von Migrant/innen in Ihrer Kommune insgesamt.

Publikumsanwalt (Rainer Schwarz):

Im Plenum werden vor allem zwei, drei Bereiche angesprochen: Es geht noch mal um die Frage der Institutionalisierung von Förderung und insbesondere der Förderung von eher zivilgesellschaftlichen Angeboten. Konkret: Für die Arbeit vor Ort ist es wichtig, dass die Mittel sehr unbürokratisch gerade zu kleinen Initiativen kommen. Es wird aber immer wieder die Erfahrung gemacht, dass globale Mittelzuweisungen gerade für Kleininitiativen, die mit wenigen oder ohne hauptamtliche Mitarbeiter/innen arbeiten, nicht üblich sind. Und es scheint sehr schwierig zu sein, den bürokratischen Hindernissen gerecht zu werden. Oft ver-

zichtet man lieber auf die Mittel, die eigentlich unmittelbar vor Ort eingesetzt werden sollen.

Dann gibt es Fragen zu den am Schluss auf dem Podium diskutierten interkulturellen Standards. Da ist einmal gefragt: Wie kann erreicht werden, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in den Institutionen, insbesondere in den Behörden erhöht wird? Denn das ist ein interkultureller Standard. Und wer stellt überhaupt das Wissen über den Sozialraum zur Verfügung? Wer macht also die hier zitierte Jugendhilfeplanung. Woher kommen die Daten? Wer bringt, wenn in diesen Behörden der interkulturelle Standard nicht gesetzt ist, die unterschiedlichen kulturellen Perspektiven und Sichtweisen ein?

Und nach der Zusammensetzung von professionellen Teams wird gefragt, ganz konkret, warum eigentlich auf dem Podium kein Vertreter der Migrant/innen oder von deren Organisationen sitzt.

Moderator:

Die letzte Frage können nur die Organisatoren der Tagung beantworten, nicht die Podiumsteilnehmer/innen. Aber es ist, denke ich, auch mehr eine symbolische Frage, die eben deutlich macht, dass beim Thema Integration und Beteiligung Anspruch und Wirklichkeit noch meilenweit auseinander klaffen. Das ist bei dem Thema Gender genau dasselbe.

Hermann Laubach:

Bei mir ist aus der ersten Runde auch noch die Provokation von Herrn Becker hängen geblieben, die ich gut nachvollziehen kann. Und deswegen denke ich auch, wir brauchen eigenständige Angebote und Querschnittsaufgaben.

Zur Frage aus dem Publikum nach Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund: Wir haben beim Arbeitskreis der katholischen Jugendsozialarbeit und beim BAGJAW noch keine genauen Zählungen gemacht. Aber ich denke schon, dass wir in unseren Einrichtungen sehr, sehr viele Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund haben und dass sich dies auch in die Behördenstruktur multiplizieren müsste. Mir scheint es ein wichtiges Kennzeichen für interkulturelle Orientierung und interkulturelle Kompetenz, wo sich sicherlich noch viel verändern muss.

Ich vermisse aber nicht nur die Vertreter der Migrant/innen hier auf dem Podium, sondern ich vermisse auch die verantwortlichen Politiker/innen, die aber leider wohl wegen der Sitzungswoche nicht kommen konnten. Aber auch das ist irgendwo symptomatisch. Der gesamte Bereich der Integrationshilfen hängt im Moment in der Schwebe und niemand weiß genau, wie es denn eigentlich weiter geht und

wie dieses Gesamtintegrationskonzept gestrickt wird, das sicherlich dann auch wiederum Auswirkungen auf die kommunalen Fragen der Integration haben wird.

Ein Gedanke noch zur Regelförderung. Regelförderung halte ich für wichtig, unabhängig von der Frage, wo sie eingesetzt wird. Ich bin nicht prinzipiell gegen die Separierung von Sonderdiensten und gegen irgendwelche Aktionsprogramme zu speziellen Themen. Aber es braucht eine gewisse Regel- und Grundförderung. Das sehen wir auch immer wieder vor Ort. Dort kann man auch immer an spezielle Sonderprogramme wie das Entimon-Programm, die BVA-Projekte usw. andocken. Es braucht auch hier eine gewisse Sicherheit im Sinne von Trägerförderung. Und ich glaube nicht, dass die Träger dadurch gewissermaßen träge werden. Im Gegenteil, es gibt auch Innovationen, die dadurch gefördert werden.

Angelika von Heinz:

Ich bin ebenfalls der Ansicht, dass es eine Art Dauer- und Regelförderung geben muss. Im Bereich des Eingliederungsprogramms funktioniert das ja tatsächlich seit ungefähr fünfzig Jahren, und das muss auch zwingend so weitergehen. Ich bin auch nicht der Ansicht, dass wir jetzt wieder mit einer Modellprojektphase weitermachen sollten. Sie haben das Auslaufen dieser Phase vorhin bedauert. Ich denke aber, wir müssen auch mal die Modellphase verlassen und gemeinsam versuchen, ihre Aufgaben im großen Rahmen durchzuführen. Wir werden da durchaus Zielvorgaben machen, wo wir sehen, dass noch Erprobungs-, Versuchs- oder Analysebedarf ist. Aber das wird dann als gemeinsame Aufgabe gelöst werden müssen und nicht unbedingt im Rahmen von Modellprojekten.

Beim Thema Menschen mit Migrationshintergrund in Behörden gibt es natürlich zwei Dinge, die der Bund in Angriff nehmen muss: Das ist einmal eine mögliche Änderung des Beamtenrechts, nach dem immer noch die deutsche Staatsangehörigkeit Voraussetzung für eine Verbeamtung ist. In den Bundesbehörden sind ja immer noch im Wesentlichen Beamte tätig. Und dann ist es sicher eine Frage der Ausbildung. Jungen Menschen mit Migrationshintergrund wird heute wohl selten nahegelegt, dass sie eine Ausbildung machen sollen, mit der sie Berufe in den Regeldiensten ergreifen können. Dabei gibt es nicht wenige, die entweder bereits mit einer solchen Ausbildung nach Deutschland kommen oder eine solche Ausbildung von sich aus hier anstreben. Da geht es dann oft um die Anerkennung von nicht-deutschen Ausbildungswegen. Und damit mehr Menschen mit Migrationshintergrund solche

Karrieren anstreben, muss sich auch die Zahl derer mit Migrationshintergrund auf der anderen Seite, nämlich bei den Berufsberatungen, erhöhen.

Ganz wesentlich finde ich, dass wir Menschen mit Migrationshintergrund auch insoweit einbeziehen, als wir sie zu ehrenamtlicher Tätigkeit ermuntern. Ich weiß, dass in dieser Hinsicht bereits vieles im Gange ist. Ich denke, dass durch ehrenamtliches Engagement Betreuung noch sehr verbessert werden kann, wenn eben derjenige, der schon integriert worden ist, seine Dankbarkeit dafür zeigt, indem er der nächsten Generation hilft.

Moderator:

Der zentrale Punkt, der auch im letzten Kommentar anklingt, ist „Beteiligung“. Aber wir können ja nicht nur betreuen oder durch Ruhigstellen irgendwelche Leute integrieren, die nicht integriert werden wollen. Integrationsleistung ist ja in erster Linie eine Leistung, die die Betroffenen selbst bringen müssen. Und meine Frage ist, warum sollten die daran interessiert sein?

Gerd Becker:

Das ist in der Tat ein heißes Eisen und ich erlebe oft, dass genau diese Frage gar nicht diskutiert wird. Es gibt bei der ganzen Integrationsdiskussion „heimliche“ Themen, vor allem bei der Frage, wer hat welche Leistung zu bringen. Das geht so weit, dass sich Leute darauf versteifen, dass die Migrant/innen ja gar nicht integriert werden wollten. Da heißt es dann zum Beispiel, es gäbe Aussiedler, die kämen zum Sozialamt und forderten, dass sie auf Russisch beraten würden.

Ich möchte aber auch noch auf die Frage nach den Förder- und Drittmitteln für kleine Institutionen eingehen. Ich erlebe das auch so. Oft soll man einerseits sehr kurzfristig auf Ausschreibungen reagieren und andererseits werden in diesen Ausschreibungen sehr differenzierte Vorgaben gemacht. Es ist ein sehr hoher Aufwand, 50-seitige EU-Anträge auszufüllen, vor allem, wenn man keinerlei Gewißheit hat, ob man den Zuschlag bekommt. Und oft wird gefordert, dass Träger beteiligt werden sollen, die bestimmte Kriterien erfüllen. In der Regel ist es so, dass sowohl wir in der Verwaltung als auch die Initiativen mit diesen Ausschreibungskriterien völlig überfordert sind. Da man offenbar diese Ausschreibungen nicht vereinfachen kann, fällt mir als einzige Lösungsmöglichkeit nur eine Verknüpfung mit dem Netzwerk ein. Wenn es einen Zusammenschluss von Trägern gibt, die in einem bestimmten Fachfeld tätig sind – egal ob klein oder groß –, dann könnte ich diesem Netzwerk eine betref-

fende Ausschreibung geben und hoffen, dass dort relativ schnell abgesprochen wird, wer sich bewirbt und wie er sich bewirbt.

Dr. Frank Braun:

Ich möchte noch grundsätzlich etwas zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sagen: Die Frage, auch in der Diskussion hier, ist falsch gestellt. Es geht nicht darum: Integrieren sie sich in Deutschland oder nicht?, sondern die vorangestellte Frage muss lauten: Gibt es für sie in Deutschland Perspektiven? Und was müssen wir tun, um ihnen vernünftige Lebensperspektiven zu schaffen?

Ich möchte noch mal einen ganz kleinen Schritt zurückgehen zu der Frage fachlicher Standards, die vorhin angesprochen wurde. Alle hier in diesem Kreis arbeiten schon relativ lange in diesem Feld, trotzdem bin ich, nachdem ich jetzt lange genau zugehört habe, doch relativ ratlos, was die Ebene fachlicher Standards betrifft. Ich will das an zwei Punkten festmachen. Hier wurde viel gesagt, dass wir weg müssen vom Defizitansatz und hinkommen zum Kompetenzansatz. Und doch haben wir jetzt dauernd gehört, was die Jugendlichen aus Migrantenfamilien alles nicht haben und nicht können. Bis hin zu dem Stereotyp, die wollen ja gar nicht. Für mich entspricht das einem Defizitansatz, wenn wir die Jugendlichen nur so sehen können.

Ein weiteres Beispiel, das mir auch ganz deutlich geworden ist, ist eben die Fortschreibung von kulturellen Stereotypen in den Integrationsprogrammen selbst. Ich frage mich, wie man dieses Problem eigentlich mit Sonderprogrammen bewältigen will. Sonderprogramme, die auf eine Gruppe zielen, die einen Migrationshintergrund hat, können nur ein Stereotyp im Hintergrund haben.

Eigentlich geht es doch darum, dass wir Angebote machen – bezogen auf unser Thema Berufliche und Bildungsintegration von Jugendlichen –, die irgendwie an den Voraussetzungen und der Bedarfslage dieser Jugendlichen ansetzen. Und diese Voraussetzungen werden halt heterogen sein und sich nicht unter ein kulturelles Stereotyp fassen lassen können. Deshalb habe ich vorhin das Beispiel der deutschen Kinder mit Leseschwierigkeiten genannt. Vielleicht kann man ja die Deutschen und die Nichtdeutschen mit Leseschwierigkeiten gemeinsam fördern. Das muss doch nicht unbedingt ein Ausländerprojekt sein.

Ich denke, was wir in Deutschland brauchen ist auch ein Mainstreaming des Problembewusstseins in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir müssen bei allem, was wir im Bildungs-, im Ausbildungssystem und in der Ver-

waltung tun, bedenken, welche Bedeutung und Auswirkungen unsere Maßnahme für Menschen aus Migrantenfamilien hat. Beispielsweise ist es an bayerischen Gymnasien üblich, dass die Eltern der eingeschulten Kinder dazu angehalten werden, jahrelang Englisch oder Latein oder Mathe mit ihren Kindern zu pauken. Da kann man sich vorstellen, warum bestimmte Gruppe nicht im bayerischen Gymnasium sind. Deshalb denke ich, brauchen wir eine Art Mainstreaming, das allerdings nicht dazu führen darf, dass bestimmte spezifische Angebote dann gleich eingestampft werden.

Publikumsanwalt (Rainer Schwarz):

Es gibt eine ganz konkrete Frage an Frau von Heinz, bei der es um den Standard der Nachhaltigkeit im Bereich der Modellprojekte geht. Wie stellt der Bund sicher, dass die Kommunen bei Projektförderung nachhaltige Strukturen entwickeln, damit nach Ende der Förderung das Modellprojekt nicht wegbricht?

Dann wird im Publikum bedauert, dass Schule hier keine Rolle spielt und kein Vertreter der Schulen auf dem Podium ist. Die Frage ist, wie Schule als der Ort, wo Kinder aller Kulturen unmittelbar zusammen sind, in diese ganze Diskussion einbezogen werden kann.

Angelika von Heinz:

Zur Nachhaltigkeit der Modellprogramme: Zum einem wird an manchen Orten zumindest der Sachverstand derjenigen, die mitgearbeitet haben, dadurch den Kommunen bewahrt bleiben, dass diese Mitarbeiter/innen in die Jugendgemeinschaftswerke aufgenommen werden. Wir werden aber im nächsten Jahr im Rahmen der Neukonzeption der sozialpädagogischen Begleitung des gesamten Integrationsprozesses auch mit den Kommunen verhandeln müssen. Die Kommunen werden zwingende Partner in den Netzwerken sein. Vom Bildungsministerium, das gerade Netzwerke für Bildungsmaßnahmen vor allem auch für junge Migrant/innen aufgelegt hat, weiß ich, dass dort bei den Netzwerken zwingend vorgeschrieben wird, dass die Kommunen die Partner sind. Ich habe dort eingebracht, dass die Jugendgemeinschaftswerke ebenfalls zwingende Partner in den Netzwerken sein sollen. Es kann aber nicht viele, sich überlagernde, sich miteinander verheddernde oder auch getrennt laufende Netzwerke geben. Die Netzwerke müssen tatsächlich noch die Funktion eines übergeordneten Netzwerks erfüllen können. Und das wird bei den Kommunen ganz sicher noch Überzeugungsarbeit brauchen.

Moderator:

Wir haben hier mehr oder weniger unver-

hohlen zum Ausdruck gebracht, dass eine Reform erforderlich ist. Und zwar nicht, weil wir vorher nur Blödsinn gemacht haben, sondern weil die gesellschaftlichen Verhältnisse sich geändert haben. Unwidersprochen haben wir die Aussage gelassen, dass es so was wie Bedarfsgerechtigkeit geben muss. Und nun ist ja die Überlegung, wie organisiert man Reformen? Das kann nicht alleine die Aufgabe von Bundesmodellprogrammen sein, sondern das ist sozusagen immer das Problem vor Ort. Und vor Ort befinden sich die Adressat/innen, dort befinden sich die Träger und dort befindet sich auch die so genannte öffentliche Hand.

Aus der Wirtschaft kennen wir die Devise, dass es immer dann funktioniert, wenn eine so genannte Win-Win-Lösung erreicht werden kann. Ich tippe jetzt einfach ein paar Stichworte an und möchte Sie bitten, diese noch einmal aus Ihrer Sicht zu kommentieren.

Eine These lautet: Wenn man eine Win-Win-Situation herstellt, um tatsächliche Reformen vor Ort zu machen, dann heißt das, die Reformen – die ja immer auch eine Neuorganisation der Umverteilungsprozesse bedeuten – bleiben harmlos. Will man diese Umverteilungsprozesse mit Erfolg umsetzen, dann gehört dazu, dass die Vorteile und Lasten von diesen Prozessen im Sinne von Win-Win-Lösungen abgewogen werden.

Ich nenne noch einige Kriterien aus der Sicht von freien Trägern, die im Zusammenhang von Diskussionen um soziales Kapital und Zivilgesellschaft immer wieder fallen. Dazu gehört die Forderung nach mehr Budget-Autonomie, die Forderung, dass Einsparungen in den sozialen Zweck reinvestiert werden. Es gehört die Bereitstellung von Experimentierfonds dazu, die Forderung nach der Anerkennung der tatsächlichen Kosten. Hier sind Stichworte Verwaltung, Qualitätsmanagement, Personalentwicklung.

Von den Trägern wird im Gegenzug erwartet, dass sie zukünftig bei ihren sozialverantwortlichen Dienstleistungen mehr Elemente einbringen, die sich am „Markt“ orientieren. Die Stichworte hier sind: Ergebnisorientierung, Produktorientierung, Kosten-Nutzen-Darstellung, Evaluation und Qualitätskontrolle. Für die Träger heißt das, sie kriegen den nächsten Auftrag nur, wenn sie gezeigt haben, dass sie „marktfähig“ sind. Und Regelförderung gibt es nicht.

Hermann Laubach:

Ich möchte auf das Stichwort Umverteilung eingehen. Es wurde ja im Publikum die Frage nach den Schulen gestellt, und gerade im Bezug auf Umverteilung ist das ist für mich ein Paradebeispiel. In Berlin haben wir das Problem der Schulverweigerer. Das ist jetzt gerade wieder ein ganz großes Thema. Wir haben in

der Vergangenheit mit ein paar interessanten Strategien gearbeitet, aber jetzt hat eine Entwicklung eingesetzt, wo die Jugendhilfe parallel zu den Regelschulen eigene Schulen aufbaut. Das kann es nicht sein.

An diesem Punkt brauchen wir Evaluation sowohl auf der Ebene der Schulen als auch auf der Ebene der Leistungen der Träger. Was wir wirklich brauchen, um die Probleme in den Griff zu kriegen, ist eine Kombination der Angeboten von Schulen und Jugendsozialarbeit. Was bisher additiv ist, muss integriert werden. Das Problem darf nicht einfach aus den Schulen hinausverlagert werden.

Dr. Frank Braun:

Herr Brocke hat völlig recht, wir sitzen in einem Boot. Auch das Deutsche Jugendinstitut ist dabei, im Sinne von Qualitätsentwicklung ein Qualitätsdesign für den Migrationsdienst und für die Jugendgemeinschaftswerke zu entwickeln, wo stärker auf Produkt, Ergebnis und Strukturqualität geachtet wird. Eine Leistungsbeschreibung für die Jugendgemeinschaftswerke wurde bereits veröffentlicht. Ich denke, manche Dinge, wie z.B. Budgetierung, sind für die Förderseite schwieriger zu akzeptieren, doch als Träger kann ich das nur begrüßen. Die Richtung ist sicherlich richtig.

Gerd Becker:

In München gab es ein Projekt im Rahmen der Hilfe zur Erziehung, das sich „Umbau statt Ausbau“ nannte. Diesen Slogan lasse ich seit einem halben Jahr in fast in jedem Gespräch mit den freien Trägern fallen: Wir brauchen Umbau statt Ausbau.

Das bedeutet in der Tat, zu sehen, was sich bewährt hat, was läuft. Ein Gedanke ist, dass man bei der Finanzierung eines neuen Projektes im Grunde die Mittel aus einem anderen Projekt nutzt, das sich nicht bewährt hat. Dies ist ein sehr, sehr schwieriger Prozess, weil jeder Träger natürlich sagt, im Prinzip habt ihr recht, aber bitte nicht, wenn es uns betrifft. Ich denke aber, dass das ein zukunftsweisender Weg sein kann.

Was die Forderungen der Träger nach Budgetierung betrifft: Sie können gerne ihr Management finanziert kriegen, aber nur dann, wenn andererseits auch handfeste Ergebnisse kommen und dieses Management zeigt, dass es effektiv arbeitet.

Noch ein letzter Satz zum Thema Bildung. Ich glaube, auf uns kommt eine Entwicklung zu, die von vielen völlig unterschätzt wird. Beim Stichwort Ganztagschule sehe ich eine gewisse Gefahr, dass die bisherige Schule mit all ihren Mängeln und Nachteilen sich nur ausweitete, also, dass die Kinder nicht nur bis 12, sondern

bis 16 Uhr den alt hergebrachten Frontalunterricht etc. ertragen müssen. Und ich sehe vor allen Dingen ein ganz großes Problem im zukünftigen Verhältnis von Jugendhilfe und Schule. Gerade letzte Woche habe ich eine Stellungnahme vom Städtetag gesehen, in der vorgeschlagen wird, die gesamte Finanzierung von Bildung und Erziehung zur Ländersache zu machen. Wenn das durchkommt, wird es einen harten Kampf um die Ressourcen geben, weil man dann Jugendhilfe im Grunde genommen reduziert auf das, was entweder abends nach der Gesamtschule passiert, oder auf die Schüler/innen, die ganz aus dem Schulsystem herausfallen. Und das wäre eine schreckliche Entwicklung.

Angelika von Heinz:

Noch einmal zum Stichwort Regelförderung: Ich habe mich vorhin dafür ausgesprochen, aber natürlich nicht im Sinn von einer garantierten, unabhängig von der Qualität gesicherten Regelförderung, sondern natürlich immer anhand der Zielvorgaben. Es geht mir darum, dass nicht unnötige Verwaltungskraft aufgewendet wird, um wieder neue Mittel einzuwerben, dass nicht ständig irgendwelche Projekte aufgelegt werden, nur um an Mittel zu kommen. Das kann es nicht sein.

Zum Thema der Organisation von Reformen: Ich glaube daran, dass wir aufgrund unserer Erfahrung gemeinsam neue Grundsätze entwickeln, die dann Grundlage für neue Arbeitsansätze sein werden. Und zum Stichwort Umverteilungsprozess innerhalb dieser Grundsätze stelle ich mir vor, dass Teile der Arbeit, die jetzt in den Jugendgemeinschaftswerken gemacht wird, delegiert werden müssen. Dass also zum Beispiel Nachhilfegruppen nicht vom teuren Personal des Jugendgemeinschaftswerks betreut werden, sondern diese Angebote von anderen Stellen gemacht werden. Für das Jugendgemeinschaftswerk geht es mehr um das Management, um die Weiterleitung in die Angebote, die ja in Massen in den Kommunen und überall existieren. Die Jugendgemeinschaftswerke müssen Manager/innen werden und Vertrauenspersonen der jungen Leute.

Moderator:

Ich möchte mich bei der Dame und den Herren auf dem Podium für ihre Teilnahme bedanken. Auch wenn manchmal kecke Worte gefallen sind, heißt das nicht, dass wir keinen Respekt vor Ihrer Arbeit haben. Aber nur gemeinsam kriegen wir die Karre wieder in Schwung und leider ist es eben so, dass auch wir in der Kinder- und Jugendhilfe oft nicht öffentlich Gehör finden. Es ist unsere gemeinsame Anstrengung, dass wir aktiv wieder an Kommu-

nal-, Landes- und Bundespolitik teilnehmen. In diesem Sinne bin ich mir sicher, dass wir uns bei kommenden Veranstaltungen wieder treffen werden. Ich wünsche Ihnen, dass Sie die eine oder andere Anregung auch morgen oder übermorgen in Ihrer Arbeit umsetzen oder wenigstens mit Ihren Kolleg/innen diskutieren können. Vielen Dank.